Sachverständigenvergütung – zu den Voraussetzungen einer Kürzung bei erheblicher Überschreitung des Auslagenvorschusses

ZPO § 407a Abs. 4 S. 2; JVEG § 8a Abs. 4
KG Berlin, Beschl. v. 24.08.2018–20 W 42/18

§ 8a Abs. 4 JVEG bestimmt, dass der Sachverständige die Vergütung nur in Höhe des Auslagenvorschusses erhält, wenn die Vergütung den angeforderten Auslagenvorschuss erheblich übersteigt und der Sachverständige nicht rechtzeitig auf diesen hingewiesen hat. Wann aber ist eine erhebliche Überschreitung des Vorschusses gegeben? Eine diesbezügliche Vorgabe/Definition findet sich im Gesetz nicht. Während die meisten Gerichte die Erheblichkeit der Überschreitung an einen starren Prozentsatz knüpfen (20–25 %), weicht das KG Berlin im Einklang mit einer Entscheidung des OLG Karlsruhe aus dem Jahr 2017 (Beschl. v. 10.04.2017 – 13 W 25/17) von einer „starren Kappungsgrenze“ ab und stellt für die Frage einer etwaigen Kürzung allein auf die Kosteninteressen der Parteien ab. Dabei kann eine abschließende Klärung dieser kontrovers beantworteten Frage durch eine höchstrichterliche Entscheidung nicht erzielt werden, da eine Beschwerde an einen obersten Gerichtshof des Bundes in entsprechend gelagerten Verfahren nicht möglich ist (§ 4 Abs. 4 S. 3 JVEG). Gleichwohl sprechen die besseren Argumente für die Anknüpfung an einen starren Prozentsatz in Bezug auf die Erheblichkeitsgrenze.

ze. Zum einen hat der Gesetzgeber im Zuge der Einführung des § 8 Abs. 4 JVEG im Rahmen der Gesetzesbegründung selbst einen starren Prozentansatz in Bezug genommen, so dass bereits eine historische Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs der „Erheblichkeit“ die Annahme einer feststehenden Kappungsgrenze zulässt. Zum anderen gilt eine „Grenze“ von 20 % auch in den sonstigen Kostengesetzen, zum Beispiel für die Bemessung von anwaltlichen Rahmengebühren gemäß § 14 RVG. Es besteht deshalb keine Veranlassung hiervon zugunsten des Sachverständigen „nach oben oder unten“ abzuweichen oder gänzlich abzusehen.

Daneben verlangt das KG Berlin für eine Kürzung zusätzlich noch einen Kausalitätsnachweis: Soweit davon ausgegangen werden kann, dass auch bei erfolgter Anzeige der Gutachterauftrag weder eingeschränkt noch abgebrochen worden wäre, kommt eine Kürzung der Vergütung trotz unterlassenen Hinweises nicht in Betracht. Tatsächlich ist diese Auffassung aber nicht mit dem Gesetzestext vereinbar, der auf Rechtsfolgenseite kein Ermessen vorsieht. Hinzu kommt, dass im Falle einer bestehenden Rechtsschutzversicherung der vorschusspflichtigen Partei grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass auch bei erfolgtem Hinweis der Gutachterauftrag nicht eingeschränkt oder abgebrochen worden wäre. Bei gegebener Rechtsschutzversicherung hätte ein unterlassener Hinweis für den Sachverständigen also keiner-

▲ Die meisten Gerichte knüpfen die Erheblichkeit der Überschreitung des Auslagenvorschusses an einen starren Prozentsatz von 20–25 %

lei Konsequenzen. Dies würde zu einer Aushöhlung der gesetzlich normierten Hinweispflicht führen und kann deshalb ebenfalls nicht vom Gesetzgeber gewollt sein.

Zusammenfassung aus Arnold W, Torres M (2019) MedR 37:664–668, <https://doi.org/10.1007/s00350-019-5302-z>

Korrespondenzadresse

RAin Dr. Wiebke Arnold
Medizinrecht
Meinertzhagenstr. 1,
28213 Bremen, Deutschland

RAin Mara Torres
Ratajczak & Partner mbB
Posener Str. 1, 71065 Sindelfingen,
Deutschland

Gynäkologie 2020 · 53:56
<https://doi.org/10.1007/s00129-020-04559-6>

© Springer Medizin Verlag GmbH,
ein Teil von Springer Nature 2020

Infobox Lesetipp

Weitere interessante Beiträge aus der Zeitschrift *MedR Medizinrecht* finden Sie unter folgendem Link: <http://link.springer.com/journal/350/32/7/page/1>

◀ Oder gehen Sie mit Ihrem Smartphone direkt auf die Homepage der Zeitschrift *MedR Medizinrecht*.